

Pressekonferenz von Sergej Lawrow

Pressekonferenz des Außenministers Sergej Lawrow nach seinem Besuch in den USA im Rahmen des russischen Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat, New York, 25. April 2023

Ausschluss russischer Journalisten

Frage: Sie haben gesagt, dass Russland nicht vergessen und den USA nicht verzeihen wird, dass sie russischen Journalisten die Visa verweigert haben, um zur UNO zu kommen und Ihren Besuch zu verfolgen. Was bedeutet das, und können Sie das bitte näher erläutern?

Lawrow: Unser Vertreter hat heute vor dem UN-Ausschuss für Information gesprochen. Maria Sacharowa hat sich dort ausdrücklich zu diesem Thema geäußert. Wir halten die derzeitige Situation für empörend. All die Beschwörungsformeln über die Freiheit der Medien und den Zugang zu Informationen, die von westlichen Führern, einschließlich der Amerikaner, geäußert wurden, sind in den Beschlüssen des Menschenrechtsrates und der OSZE aus den frühen 1990er Jahren enthalten. Damals akzeptierte die Sowjetunion diese Regelungen offen. Nun, da sich der Westen durch die Existenz alternativer Ansichten und die Fähigkeit aller Menschen auf der Welt und in ihren eigenen Ländern, Zugang zu Fakten zu erhalten, die nicht in das westliche Narrativ passen, in Verlegenheit gebracht fühlt, hat er eine radikale Offensive gegen die Medien gestartet, die seinen Anweisungen nicht gehorchen.

Unsere Botschafter in verschiedenen Ländern, auch in Washington DC, informieren regelmäßig über die Diskriminierung von russischen Medien. Vor vielen Jahren hat Frankreich RT und Sputnik die Akkreditierung im Elysée-Palast verweigert und sie als „Propagandawerkzeuge“ bezeichnet. John Kirby begründete die Verweigerung von Visa für russische Journalisten, die an diesem Teil unserer Präsidentschaft teilnehmen sollten, damit, dass „russische Staatsmedien Propagandamittel“ seien, die nichts mit der amerikanischen „demokratischen“ Vorstellung von Medienfreiheit gemein hätten. Es scheint, dass der erste Verfassungszusatz in der Praxis keine Bedeutung mehr hat. Werfen wir einen Blick auf den Stand der Medienfreiheit in den USA. Es heißt, dass Tucker Carlson nicht mehr bei Fox News tätig ist. Eine interessante Nachricht! Hinsichtlich der Gründe dafür kann ich genauso gut wie Sie nur raten. Aber das hat sicherlich Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt im amerikanischen Informationsraum.

Was unsere Reaktion anbelangt, so werden wir dieses unerhörte Verhalten der US-Behörden sicherlich in Betracht ziehen. Wie ich sehe, wurde die Entscheidung im Außenministerium getroffen. Wir werden dies im Hinterkopf behalten, wenn die Amerikaner etwas von uns verlangen.

Lage im Sudan

Frage: Ich möchte Sie zum Sudan befragen und zu dem, was dort geschieht, und auch zu der Entwicklung der Wagner-Gruppe in die Unterstützungskräfte. Wir haben Hemetti, den Anführer dieser Gruppe, über die Beteiligung von Wagner an ihm und seinen Kräften befragt, und er hat dies nicht bestritten. Wem gegenüber ist diese Gruppe rechenschaftspflichtig, der russischen Regierung oder einer anderen Stelle?

Lawrow: Wagner ist ein privates Militärunternehmen. Wir haben schon oft darüber gesprochen, auch in diesem Saal, als unsere französischen Kollegen und die Spitzen der EU-Diplomatie, vertreten durch Josep Borrell, vor einigen Jahren ein Tohuwabohu über unsere Beziehungen zu Mali und der Zentralafrikanischen Republik veranstalteten. Als Frankreich begann, seine Operation Barkhane zu reduzieren und seine Militärbasen im Norden des Landes, wo Terroristen eine große Bedrohung darstellten, zu schließen, bat die malische Regierung, die befürchtete, dass sie dadurch schutzlos wäre, Wagner um Unterstützung. Sie hatte das Recht dazu, worauf der malische Außenminister vor der UN-Generalversammlung hinwies. Niemand machte ein Geheimnis aus dieser Beziehung. Die Zentralafrikanische Republik, Mali, der Sudan und mehrere andere Länder, in denen Regierungen und rechtmäßige Behörden um solche Dienste ersucht haben, sind völlig im Recht, dies zu tun.

Wenn Sie darüber besorgt sind, sollten Sie im Internet nachsehen, wie viele private Militärfirmen es in den USA, Großbritannien und Frankreich gibt. Es gibt Dutzende von ihnen, und viele von ihnen sind seit Jahren direkt an unserer Grenze tätig, auch in der Ukraine. Auch das ist bezeichnend.

Was die Lage im Sudan betrifft, so ist sie eine Tragödie. Menschen sterben. Diplomaten könnten in Gefahr sein. Wir sind uns dessen bewusst und beobachten die Situation. UNICEF hat unsere Botschaft heute gebeten, ihr Personal aufzunehmen, das sich an einem unsicheren Ort aufhält. Ich weiß nicht, wie das geschehen kann, aber wir werden alle Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Schauen Sie sich an, wie sich der Sudan als Staat entwickelt hat. Ursprünglich gab es einen Staat, der sich später in den Sudan und den Südsudan aufspaltete. Wir haben das miterlebt. Unsere amerikanischen Kollegen machten die Zweiteilung des Sudan zu einer außenpolitischen Priorität. Sie baten uns, Präsident Omar al-Bashir zu überzeugen, einem Referendum zuzustimmen und den Staat freiwillig in zwei Teile aufzuteilen. Offen gesagt waren wir der Meinung, dass das sudaneseische Volk unabhängig über seine Zukunft entscheiden sollte. Letztendlich wurde der Sudan in zwei Staaten geteilt, einer davon war der Südsudan. Die Amerikaner als Initiatoren dieser „Scheidung“ hätten den beiden neuen Staaten helfen sollen, friedlich miteinander zu leben, ihre Wirtschaft zu entwickeln und das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Doch etwas missfiel ihnen. Ich werde nicht ins Detail gehen, aber die USA haben Sanktionen gegen die Behörden des Sudan und des Südsudan verhängt und begonnen, ihnen über den IWF ihre Forderungen zu unterbreiten. Dieses „geopolitische Engineering“ wird nichts nützen.

Ich schlage vor, dass alle Seiten ihre Schlüsse aus der aktuellen Sudan-Krise ziehen sollten. Wir sollten uns nicht in die Bemühungen der Afrikaner einmischen, sich untereinander zu einigen, und ihre Bemühungen, eigene, afrikanische Lösungen für ihre Probleme zu finden, nicht durch Forderungen von außen (die nicht den Interessen dieser Länder entsprechen) erschweren.

Das Getreideabkommen

Frage: Ich möchte Sie nur ein wenig mehr über das Getreideabkommen mit der Ukraine fragen und ob Russland auf das Schreiben des UN-Generalsekretärs an Präsident Wladimir Putin reagiert hat, in dem ein Weg zur Verlängerung und Ausweitung des Getreideabkommens mit der Ukraine vorgeschlagen wird. China ist der größte Abnehmer des ukrainischen Getreides im Rahmen dieses Abkommens. Hat China also Russland gebeten, das Abkommen zu verlängern?

Lawrow: Nun, zu China möchte ich gleich sagen, dass wir diese Frage nicht mit unseren Partnern aus der Volksrepublik China erörtert haben; wahrscheinlich auch aus rein pragmatischen Erwägungen, da wir eine gemeinsame Grenze mit der Volksrepublik China haben, über die exportiert und importiert wird, und der Schwarzmeerraum für China überhaupt nicht notwendig ist, um unser Getreide und Getreide im Allgemeinen aus anderen Ländern zu beziehen, die an die Russische Föderation angrenzen, wie zum Beispiel Kasachstan.

Was das Schreiben betrifft, das der Generalsekretär gestern an Präsident Putin übermittelt hat, so hoffe ich, dass es nicht nach außen gedrungen ist, denn es handelt sich um einen persönlichen Briefwechsel zwischen der Führung der UN und dem Führer eines UN-Mitgliedstaates. Wenn dieses Papier, diese Korrespondenz veröffentlicht würde, wäre das nicht sehr angebracht, das würde auf einen weiteren Versuch hindeuten, Druck auf die Situation auszuüben, und das ist nicht akzeptabel; die Situation ist nicht gelöst, und sie wurde von unseren westlichen Kollegen in eine Sackgasse gebracht.

Ich möchte daran erinnern, dass am 22. Juli 2022, als diese Schwarzmeer-Initiative vereinbart und unterzeichnet wurde, in dem Text ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass es sich um die Ausfuhr von Getreide und Ammoniak handelte. Bis vorgestern hat sich niemand an Ammoniak erinnert. Noch gestern sagte mir Antonio Guterres, dass auf den Weltmärkten akute Engpässe bei Düngemitteln bestehen, insbesondere bei der Ammoniakgruppe. Niemand hat bis vor kurzem, bis zum letzten Moment, darüber nachgedacht, wie schnell sich dieses Abkommen von der Schwarzmeer-Initiative in die Schwarzmeer-Getreide-Initiative verwandelt hat, von einer humanitären Initiative in ein kommerzielles Unternehmen.

Das ist auch etwas, das eine ganze Reihe von Fragen aufwirft, über die wir alle die ganze Zeit gesprochen haben, und wir werden weiterhin auf diese Situation aufmerksam machen. Wenn wir uns die Statistiken ansehen, so erreichten weniger als drei Prozent der gesamten Getreidemenge, die von den ukrainischen Häfen ausging, die wirklich armen Länder auf der einschlägigen Liste des Welternährungsprogramms, nämlich Äthiopien, Jemen, Afghanistan, Sudan und Somalia. Alles andere, über 80 Prozent, erreichte Länder mit hohem oder mittlerem Einkommen. Wir haben darüber diskutiert, wir haben darauf aufmerksam gemacht, und dann gab es einen eklatanten Versuch der ukrainischen Kollegen im Rahmen ihrer Aktivitäten innerhalb der Gemeinsamen Koordinierungsstelle in Istanbul.

Sie versuchten, eine künstliche Ansammlung von Schiffen zu schaffen. In der ukrainischen Presse gab es Berichte darüber, dass das ukrainische Regime Bestechungsgelder annahm, um zu vereinbaren, wo ein bestimmtes Schiff in der Warteschlange platziert werden sollte, ob es vor anderen platziert werden sollte, ohne diese Bestechungsmechanismen. Wir haben auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich unsere Kollegen, vor allem bei den Vereinten Nationen, voll und ganz auf den ukrainischen Teil der Vereinbarung konzentrieren und dabei vergessen haben, dass Antonio Guterres ursprünglich das Paket untrennbar miteinander verbundener Maßnahmen vorgeschlagen hat. Nun, er hat mir gestern gesagt, dass das UNO-Russland-Memorandum nicht sehr konkret ist, und wir haben uns dem angeschlossen, weil das Memorandum eine Verpflichtung für den Generalsekretär und seine Mitarbeiter enthält, alles zu tun, um die Hindernisse für die Ausfuhr von russischem Dünger und russischem Getreide zu beseitigen.

Ich kann nicht behaupten, dass die UNO keine Anstrengungen in die richtige Richtung unternommen hat. Im Gegenteil, der Generalsekretär der UNCTAD, Antonio Guterres und der stellvertretende Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten haben sich alle dafür eingesetzt. Sie haben versucht, eine Einigung mit den Ländern zu erzielen, die unrechtmäßige einseitige Sanktionen gegen die Russische Föderation angekündigt haben, aber es gab praktisch kein Ergebnis. Die Rosselkhozbank, die wichtigste Bank, die unsere Agrarexporte abwickelt, wurde aus dem SWIFT-System ausgeschlossen, und es gibt keine Pläne, sie wieder einzubeziehen. Stattdessen wird uns eine einmalige Alternative angeboten, bei der drei amerikanische Banken, wie vom Generalsekretär gefordert, SWIFT ersetzen und die Rosselkhozbank bei der Abwicklung von Exportgeschäften unterstützen.

Es sind einige Monate vergangen, und eine der Banken hat freundlicherweise zugestimmt, eine Operation zu finanzieren. Aber wenn man uns sagt, dass wir unsere Bemühungen auf der Grundlage dieses Prinzips fortsetzen sollen, ist das nicht viel. Wenn Sie das Problem der Nahrungsmittelknappheit auf dem Weltmarkt systemisch lösen wollen, dann müssen Sie unsere Bank in das SWIFT-System einbinden. Wenn Sie wollen, dass wir und der UN-Generalsekretär jedes Mal hin- und herlaufen und irgendeine US-Finanzstruktur anflehen, so großmütig zu sein, dann verstehen Sie, dass das nicht funktionieren kann und nicht funktionieren wird. Es gibt immer noch Probleme mit den Versicherungen, und gestern hat mir der Generalsekretär gesagt, dass die Tarife nach seinen Kontakten mit Lloyd's of London erheblich gesunken sind, aber das alles ist darauf ausgerichtet, die Kontrolle über alles, was geschieht, aufrechtzuerhalten und zu bewahren, um zu verhindern, dass unser Dünger und unser Getreide frei auf die Märkte gelangen, und auf der Grundlage der Marktmechanismen zu verhindern, dass sie in bestimmte Länder gelangen.

All dies erschwert natürlich die Arbeit des Welternährungsprogramms, das den ärmsten Ländern hilft. Zusätzlich zu dem, worüber wir gesprochen haben, haben wir fast 200.000 Tonnen Düngemittel, die in den Häfen der EU beschlagnahmt worden sind. Im August letzten Jahres hat der russische Präsident Wladimir Putin öffentlich unseren Standpunkt dargelegt, wonach die Unternehmen, die Eigentümer des Düngers sind, diesen auf freiwilliger Basis und kostenlos über die Mechanismen des Welternährungsprogramms an die ärmsten Länder abgeben. Das war bereits im August. Die erste Lieferung von 20.000 Tonnen der 200.000 Tonnen erreichte Malawi nur sechs Monate später. Jetzt führen wir unter großen Schwierigkeiten Gespräche über zwei weitere Sendungen mit jeweils 24.000 Tonnen für Kenia und Nigeria. Und das alles braucht Zeit und ist mit bürokratischem Aufwand und zusätzlichen Kosten verbunden.

Und was unseren Teil des Getreidegeschäfts betrifft, so möchte ich auf diese Frage zurückkommen. Ja, wir sehen, dass der Generalsekretär und seine Kollegen Anstrengungen unternommen haben, aber es gab praktisch keine Ergebnisse, es sei denn, wir sehen als Ergebnisse den Hoffnungsschimmer, dass anstelle der normalen Versorgung der Weltmärkte mit den notwendigen Produkten jedes Mal die Notwendigkeit besteht, sich manuell zu bemühen und bei den amerikanischen und europäischen Häfen, Banken und anderen Strukturen, Versicherungsgesellschaften vorstellig zu werden und sie zu bitten, großmütig zu sein. **Das ist nicht die Vereinbarung, die wir am 22. Juli letzten Jahres getroffen haben**, als wir die Initiative des Generalsekretärs unterstützten, die, wie er bekräftigt hat, ein großes Paket mit vielen Komponenten ist.

Im Gegensatz zu Ihnen kann ich also nicht so sicher sein, den Inhalt des Schreibens von Antonio Guterres an Wladimir Putin zu beschreiben, denn dieses Schreiben ist natürlich nicht für ein brei-

teres Publikum, sondern für unseren Präsidenten bestimmt. Soweit ich weiß, wurden dieselben Briefe auch an die Ukraine und die Türkei gesandt, aber die Reaktion auf diesen Briefwechsel wird erst erfolgen, nachdem der Empfänger ihn gelesen hat. Das ist die Art und Weise, wie sich anständige Menschen verhalten.

Frage: Es klingt nicht so, als ob Sie viel Hoffnung auf eine Verlängerung des Schwarzmeer-Getreideabkommens haben.

Lawrow: kein Kommentar.

Frage: Russland hat wiederholt erklärt, die Ukraine erfülle ihre Verpflichtungen aus dem Getreideabkommen nicht. Beabsichtigt Russland, aus diesem Abkommen auszusteigen, und gibt es noch Gründe für eine Beibehaltung?

Lawrow: Die Ukraine hat mit dem Teil des Abkommens, der russische Düngemittel und Getreide betrifft, nichts zu tun. Diese Teile des Abkommens sind durch die westlichen Sanktionen blockiert. UN-Generalsekretär Antonio Guterres arbeitet daran, diese Sanktionen zu überwinden und die Hindernisse für Düngemittel- und Getreideexporte aus Russland auf die Weltmärkte zu beseitigen. In diesem Memorandum verpflichtete er sich, alles zu tun, um diese Ziele zu erreichen. Offenbar wird dafür das Unmögliche verlangt. Bislang ist das nicht der Fall.

Was die Aussichten für das Abkommen betrifft, so habe ich Ihrem Kollegen gerade geantwortet. In der Tat hat mir Antonio Guterres gestern eine Botschaft für Präsident Putin übermittelt. Es wird darüber berichtet werden. Die Antwort wird bekannt gegeben werden.

Welcher US-Präsident wäre Ihnen lieber?

Frage: Am 25. April 2023 erklärte US-Präsident Joe Biden, er werde für eine zweite Amtszeit kandidieren. Die Äußerungen der Republikaner (z. B. von Donald Trump, der ebenfalls angekündigt hat, kandidieren zu wollen) zeigen, dass sie ernsthaft befürchten, dass dies zu einem dritten Weltkrieg führen könnte. Welchen Kandidaten würde Russland als nächsten US-Präsidenten vorziehen?

Lawrow: Im Gegensatz zu Journalisten, die verpflichtet sind, aktuelle Ereignisse öffentlich zu analysieren, mischt sich die russische Regierung nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten ein.

Das Tumor-artige Wachstum der NATO

Frage: Sie haben gestern und vor einem Jahr über die Unzulässigkeit der NATO-Erweiterung gesprochen. Und doch ist Finnland aufgrund des Krieges Mitglied geworden, Schweden ist das nächste, und der NATO-Generalsekretär unterstützt die Mitgliedschaft der Ukraine. War das eine Fehlkalkulation und wo sehen Sie jetzt die Gründe für den Krieg, da sich die NATO-Grenze zu Russland nun verdoppelt hat? Ich danke Ihnen.

Lawrow: **Die NATO hatte nie die Absicht, aufzuhören.** Wenn man sich ansieht, wie sich die Ereignisse in letzter Zeit entwickelt haben, haben sich die EU und die NATO in militärischen Angelegenheiten aktiv zusammengeschlossen. Kürzlich haben sie eine Erklärung unterzeichnet, nach der die EU der NATO im Wesentlichen die Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit aller ihrer Mitglieder überträgt und garantiert, dass die Organisation die Gebiete der EU-Länder, die nicht Teil des Bündnisses sind, für ihre Zwecke nutzen kann. Schweden und Finnland standen bei dieser Interaktion in der ersten Reihe, da sie häufig an den Militärübungen des Blocks

und anderen Veranstaltungen zur Synchronisierung der Militärprogramme der NATO-Mitglieder und der neutralen Staaten teilnahmen.

Die Behauptung, Russland habe die NATO-Erweiterung verhindern wollen, ist eine so schöne Redewendung. Es geht nicht so sehr darum, dass wir die Erweiterung verhindern wollten oder es für notwendig hielten, sondern darum, dass man uns wiederholt versprochen hat, dass dies nicht geschehen würde. **Wir wurden belogen. Das weiß jetzt jeder.** Wir wurden genauso belogen wie später bei den Minsker Vereinbarungen und vielen anderen Dingen. **Sie haben es zugegeben, ohne auch nur zu erröten.**

Die Versuche Russlands, die Erweiterung der NATO zu verhindern, was zu ihrer beschleunigten Expansion führte, ist die Art und Weise, wie Sie die Situation von Ihrem Standpunkt aus sehen. Auch wir haben unsere Standpunkte. Unparteiische Beobachter und politische Analysten in Russland und im Ausland sind zu dem Schluss gekommen, dass die NATO die Absicht hatte, Russland zu zerreißen, während sie es in Wirklichkeit zusammengeschweißt hat. Wir werden nicht darüber spekulieren, wie es ausgehen wird. Wir haben unsere Ziele klar erklärt und werden sie auch weiterhin bekräftigen – zum Beispiel haben wir sie gestern in den Ausführungen auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates bekräftigt.

Was wollen die Amerikaner erreichen? Ich habe die lokale Presse und Analysen gelesen und mit einigen alten Freunden unter den politischen Analysten gesprochen. Sie fragen sich zunehmend, wie es weitergehen soll. Wir haben unsere Ziele klar und ehrlich formuliert. Was sind die Ziele der USA, der NATO und der EU? Geht es darum, Waffen in die Ukraine zu pumpen? In letzter Zeit ist eine amüsante Theorie aufgetaucht, nach der der Westen die erfolgreiche Gegenoffensive der Ukraine absichern und dann die Ukraine und Präsident Zelensky auffordern wird, Gespräche aufzunehmen. **Diese Argumentation gleicht einer Schizophrenie.**

Unser Wunsch ist es, dass keine Sicherheitsbedrohungen vom Territorium der Ukraine ausgehen. Diese Bedrohungen haben sich dort seit Jahren angehäuft, insbesondere nach dem Staatsstreich im Februar 2014. Wir wünschen uns auch, dass Menschen, die sich als russischsprachig, als Angehörige der russischen Kultur und des russischen Glaubens, den sie seit jeher über die ukrainisch-orthodoxe Kirche praktizieren, verstehen, nicht diskriminiert, verfolgt und mit Vernichtung bedroht werden.

In Zelenskys Kreis gibt es eine Person, Michail Podoljak, Berater des Chefs des Büros des ukrainischen Präsidenten. Er sagte, die Ukraine kämpfe für westliche Werte und Demokratie. Sind das die Demokratie und die Werte, für die die NATO bereit ist, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen?

Seit vielen Jahren machen wir auf die Kämpfe der ethnischen Minderheiten in der Ukraine, insbesondere der russischen Minderheit, aufmerksam. Es wurden Gesetze verabschiedet, die den Unterricht in anderen Sprachen als dem Ukrainischen verbieten – obwohl eine Ausnahme für EU-Sprachen gemacht wurde, was noch einmal unterstreicht, dass diese ganze Kampagne gegen die russische Kultur gerichtet war. Sowohl russische Medien, die in der Ukraine sendeten, als auch ukrainische Medien, die in russischer Sprache sendeten und die Opposition repräsentierten, wurden verboten. Millionen von Büchern wurden aus den Bibliotheken geworfen, einige wurden öffentlich verbrannt, wie es die Nazis in der Vergangenheit getan hatten. Fast alle kulturellen Kontakte zwischen unseren Ländern wurden verboten.

Sehen Sie sich an, was jetzt mit der ukrainisch-orthodoxen Kirche geschieht. Wir haben uns an UN-Generalsekretär Antonio Guterres, hochrangige OSZE-Beamte und andere Institutionen gewandt – aber sie reagierten mit wenig Interesse.

Ähnlich wurde auch auf den Staatsstreich im Februar 2014 reagiert. Wir haben Frankreich, Deutschland und Polen befragt, weil sie am Tag vor dem Putsch eine Einigung garantiert und ihre Unterschrift als Garanten darunter gesetzt hatten. Die Antwort war, dass in demokratischen Prozessen immer noch einige „Exzesse“ möglich sind. Das war's. Die gleiche Rechtfertigung wurde verwendet, um die Arbeitsweise des Kiewer Regimes zu erklären. In der Zwischenzeit bestätigte der Westen triumphierend, dass er das Regime mit Waffen versorgen werde, um Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, weil das Kiewer Regime westliche Werte und „demokratische Ideale“ verteidige. Wenn es das ist, wofür der Westen kämpft, dann sollte es völlig klar sein, was wir unterstützen und wofür wir bis zum Ende kämpfen werden.

Gefangenenaustausch USA – Russland

Frage: Können Sie uns mehr über etwaige Kontakte mit US-Beamten bezüglich des Schicksals von US-Bürgern in russischen Gefängnissen erzählen? Gab es irgendwelche Kontakte oder Kontaktversuche? Es hat in der Vergangenheit Gefangenenaustausche gegeben. Was wollen Sie im Austausch für Paul Whelan und Evan Gershkovich?

Lawrow: Wie von US-Präsident Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bei ihrem Treffen in Genf im Juni 2021 vereinbart, gibt es einen speziellen Kanal für Gespräche über russische Gefangene in den USA und amerikanische Gefangene in der Russischen Föderation. Es ist kein großes Geheimnis, dass dieser Kanal nicht dazu gedacht war, Journalisten einzubeziehen oder bestimmte Situationen öffentlich „ins Rampenlicht“ zu rücken, um Druck auf die ernsthaften, professionellen Verhandlungen auszuüben, die derzeit laufen.

Mehrere amerikanische Staatsbürger verbüßen in Russland Haftstrafen für verschiedene Verbrechen, darunter auch die von Ihnen genannten Personen (Paul Whelan und Evan Gershkovich). Sie wurden inhaftiert, als sie das Verbrechen begingen, sich Material zu beschaffen, das ein Staatsgeheimnis darstellt. Wir weisen die lautstarke und pathetische Behauptung zurück, dass ein Journalist per definitionem kein Verbrechen begehen kann. Es gibt viele Beispiele, die das Gegenteil beweisen. Wir haben die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Kampagne um Evan Gershkovich alle **Julian Assange** vergessen haben, oder die russische Staatsbürgerin und Journalistin **Maria Butina**, die in den USA zwei Jahre im Gefängnis saß, nur weil sie sich für NGOs engagierte.

In den USA sitzen etwa 60 Russen im Gefängnis. In den meisten Fällen sind die Anschuldigungen zweifelhaft. Aber nicht ein einziges Mal, wenn sie unsere Leute aus europäischen oder anderen Ländern entführen, wie es die Amerikaner zu tun pflegen, haben sie sich an das bilaterale Konsularabkommen gehalten, nach dem sie, wenn sie einen Verdacht gegen russische Bürger haben, die Russische Föderation kontaktieren und ihre Bedenken äußern sollten, anstatt sie zu entführen (wie in Hollywood-Filmen).

Um es noch einmal zu sagen: Es gibt einen Kanal, um diese Dinge zu besprechen. Diese Art von Arbeit ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Öffentlichkeit kann den Prozess aus offensicht-

lichen Gründen nur verkomplizieren. Es besteht keine Notwendigkeit, dies den Fachleuten zu erklären.

Türkei-Besuch Putins

Frage: Kürzlich lud der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den russischen Präsidenten Wladimir Putin in die Türkei ein, um an der dortigen Zeremonie zur Inbetriebnahme des ersten türkischen Atomreaktors teilzunehmen, der von russischen Unternehmen gebaut wurde. Plant der russische Präsident einen Besuch in der Türkei?

Lawrow: Ich gehe davon aus, dass sich die beiden Präsidenten bewusst sind, dass ein solches Treffen wichtig wäre.

Tschechischer Unfug

Frage: Der Präsident der Tschechischen Republik, Petr Pavel, hat erklärt, dass Peking keinen Frieden in der Ukraine braucht und dass China mit dem Status quo zufrieden ist. Welchen Standpunkt vertritt Russland in diesem Punkt?

Lawrow: Äußerungen dieser Art haben nichts mit der Arbeit eines normalen Politikers zu tun.

Sie haben die Tschechische Republik erwähnt, und das erinnert mich an die EU, im Moment existiert sie ja noch. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sagte, dass sie die Beziehungen zu anderen Ländern je nach deren Haltung gegenüber Russland und China fördern würden. Dies ist ein Indikator für die Mentalität der derzeitigen europäischen „Diplomatie“.

Russische Entschuldigung bei Ukraine-Flüchtlingen???

Frage: Derzeit befinden sich fast 80 000 ukrainische Flüchtlinge in Irland. Haben Sie sich bei ihnen dafür entschuldigt, dass sie ihre Heimat auf der Flucht vor Ihrem Krieg verlassen mussten?

Und zweitens, ist China Ihr Freund? Und wenn es Ihr Freund ist, warum schickt es Ihnen dann keine Waffen?

Lawrow: Niemand hat Freude daran, wie sich die aktuellen Entwicklungen auf das Leben der einfachen Menschen auswirken. Aber ihr Leben sollte nicht nur dann berücksichtigt werden, wenn sie sich im Ausland befinden und den Gastländern Unannehmlichkeiten bereiten; das Leben der einfachen Menschen sollte die Aufmerksamkeit der Politiker auf sich ziehen, wenn dieses Leben tagtäglich diskriminiert und bedroht wird, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis, und zwar seit vielen Jahren.

Niemand kümmerte sich darum, als wir sagten, dass solche Gesetze nicht verabschiedet werden sollten. Die ukrainische Verfassung garantiert alle Rechte nationaler Minderheiten – politische, religiöse, sprachliche und so weiter. Und als sie Gesetze verabschiedeten, die diese Rechte in Bezug auf die russische Sprache aufhoben, wandten wir uns (damals war Russland noch Mitglied des Europarats) an die Venedig-Kommission (ein Gremium, das die Gesetzgebung der Mitgliedsländer des Europarats auf ihre Vereinbarkeit mit den europäischen Konventionen überprüft). Und der Europarat entschied über diese Kommission, dass die Ukraine ein neues, separates Gesetz über nationale Minderheiten verabschieden sollte. Dies geschah im vergangenen Dezember. Das Gesetz besagt, dass ausnahmslos alle Rechte der nationalen Minderheiten in dem Umfang garantiert

werden, wie es in der geltenden Gesetzgebung vorgesehen ist. Das heißt, in dem Ausmaß, in dem sie beschnitten worden sind. Nahezu auf eine Null! Dies ist eine Verhöhnung der Gerechtigkeit.

Was die Flüchtlinge in Irland betrifft, so weiß ich es nicht genau. Nun gibt es viele Informationen, auch in den westeuropäischen und osteuropäischen Medien, dass nicht alle dieser Flüchtlinge in so großer Not sind. Und es gab Skandale, dass jemand etwas gestohlen hat, oder dass eine Frau ihren Mann verlassen hat, oder umgekehrt. Ich will niemanden beleidigen, aber die ukrainischen Flüchtlinge kamen schon viel früher nach Russland, und das war in erster Linie die Folge des Krieges, den das Kiewer Regime gegen die eigene Bevölkerung im Osten des Landes angezettelt hat, nur weil die Menschen auf der Krim und in der Ostukraine sich geweigert haben, den Putsch anzuerkennen, und denen gesagt haben, dass sie einfach nur in Ruhe gelassen werden wollen, damit sie ihre eigenen Probleme angehen können. Dafür wurden sie als Terroristen abgestempelt, und es wurde ein Krieg gegen sie entfesselt. Millionen von Menschen flohen nach Russland. **Ich kann mich nicht erinnern, dass sich irgendjemand in diesem Saal oder auf meinen anderen Pressekonferenzen, an denen westliche Journalisten teilnahmen, für diesen Aspekt der Situation interessiert hätte.** In den letzten ein bis anderthalb Jahren haben wir auch Flüchtlinge aus den Gebieten aufgenommen, die noch unter der Kontrolle des Kiewer Regimes stehen.

Sind Sie aus Irland? Ja, genau. Von Zeit zu Zeit bringe ich dieses Argument vor: Wenn die englische Sprache in Irland verboten würde, wie würden die Briten darauf reagieren? Das ist unvorstellbar, das kann man sich nicht vorstellen.

Aber in der Ukraine kann die russische Sprache verboten werden. Sie können öffentlich sagen: Geht zurück nach Russland, wenn ihr euch als Teil der russischen Kultur betrachtet. Das sagte Vladimir Zelensky lange vor unserer speziellen Militäroperation. Er wurde gefragt, was er von den Menschen hält, die auf der anderen Seite der Kontaktlinie leben. Er antwortete, es gäbe Menschen und es gäbe „Arten“. Dieser „Führer der globalen Demokratie“ sagte, wenn sich jemand in der Ukraine der russischen Kultur zugehörig fühle, solle er um der Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder willen nach Russland gehen. So unverblümt ist das.

Und als er gefragt wurde, was er über das neonazistische Asow-Regiment denke (2013 wurde es sogar in Washington, im Kongress, ausdrücklich als Einheit bezeichnet, die keine US-Gelder erhalten sollte, eine Einheit, die mit Nazi-Fahnen und den Abzeichen der SS-Divisionen marschierte), sagte er, dass es viele von ihnen gebe und dass sie seien, was sie seien. Punkt. Zu den Werten, die Zelensky „für die westliche Welt“ im Krieg gegen Russland vertritt, gehören also auch Dinge, die wir, ehrlich gesagt, schon lange abgeschafft haben. Aber Europa hat in einem Wimpernschlag die Traditionen, die in der Vergangenheit gepflegt wurden, wieder aufgenommen.

UNO und Weltkriegsverhinderung?

Frage: Die UNO hat viele Ziele und erweitert ihre Ziele ständig. Aber das Hauptziel im Jahr 1945 war die Verhinderung des Dritten Weltkriegs. Seit 75 Jahren ist es uns gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Ich habe gestern Ihre Rede vor dem Sicherheitsrat gehört. Es sieht so aus, als wären Sie nicht mehr zuversichtlich, ich glaube, Sie sind nicht mehr zuversichtlich, dass diese Institution einen weiteren Weltkrieg verhindern kann.

Meine Frage ist also, warum Sie nicht zuversichtlich sind und welche Rolle der Generalsekretär dabei spielt. <...>Warum hat der Generalsekretär nicht das getan, was andere tun, nämlich einen

Plan zu entwickeln? Der Generalsekretär der UNO legt keinen Friedensplan vor, weil Sie ihn nicht einmal in Betracht ziehen, oder er tut es nicht, weil er es nicht tun kann?

Lawrow: Nun, warum fragen Sie ihn nicht?

Ich kann nur sagen, wer die Panik vor dem Dritten Weltkrieg schürt. Präsident Joe Biden hat einmal gesagt (ich kann Ihnen das genaue Zitat nicht geben), dass sie den Dritten Weltkrieg verhindern werden, wenn sie der Ukraine zum Sieg verhelfen. Analysieren Sie die Äußerungen Ihres Präsidenten oder nur meine Äußerungen im UN-Sicherheitsrat?

Vor einiger Zeit sagte die damalige britische Premierministerin Liz Truss, sie würde nicht zögern, den roten Knopf zu drücken. Als der damalige französische Außenminister Jean-Yves Le Drian dies hörte, sagte er, dass auch Frankreich über Atomwaffen verfüge. Der Kommandeur der deutschen Luftwaffe erklärte daraufhin, man sei auf einen Atomkrieg vorbereitet und habe keine Angst vor den Drohungen Wladimir Putins. Dies alles geschah zu einer Zeit, als wir kein einziges Wort über den Dritten Weltkrieg verloren.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir es waren, die während der Amtszeit von Präsident Donald Trump vorgeschlagen haben, dass die USA öffentlich, auf höchster Ebene und offiziell die Erklärung von Gorbatschow und Reagan bekräftigen, wonach Russland und die USA (oder die UdSSR und die USA, wie es damals hieß) davon überzeugt sind, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf. Wir haben vorgeschlagen, dasselbe während der Trump-Regierung noch einmal zu tun. Wir sind gescheitert. Wenn die US-Seite überhaupt bereit war, darüber zu diskutieren, dann mit einer Reihe von Vorbehalten, die das Ganze völlig entwerteten. Unter Präsident Joe Biden haben unsere beiden Präsidenten eine solche Erklärung abgegeben. Und dann waren es wieder wir, die die Initiative ergriffen haben, damit eine ähnliche Erklärung über die Unzulässigkeit eines Atomkrieges auf höchster Ebene von allen fünf Atommächten verabschiedet wird.

Wenn dieses Thema angesprochen wird, zeigt jeder sofort mit dem Finger auf Russland und behauptet, Russland bringe die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs. Wir in Russland haben ein Sprichwort: Was das Herz denkt, spricht die Zunge. Ich hoffe also, dass die Leute, die Aussagen machen wie „Wenn die Ukraine verliert, ist der Dritte Weltkrieg nicht zu vermeiden“ oder umgekehrt, bei klarem Verstand sind und Verantwortung zeigen können.

Israel zickt und Uran-Munition

Frage: Meine erste Frage bezieht sich auf die israelische Delegation unter der Leitung des Ständigen Vertreters Israels, Gilad Erdan, die heute die Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum Nahen Osten verlassen hat. Wie würden Sie diesen Schritt kommentieren? Gab es vor der Sitzung irgendeine Kommunikation mit Israel, die andeutete oder andeuten könnte, dass die israelische Delegation die Sitzung verlassen könnte?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die jüngste Erklärung des britischen Staatsministers für die Streitkräfte, James Heappey, der sagte, dass Tausende von Geschossen mit abgereichertem Uran für Challenger-2-Panzer bereits an die Ukraine geliefert worden seien. Was denken Sie, wenn Sie solche Aussagen hören?

Lawrow: Lassen Sie uns mit dem heutigen Treffen beginnen. Offen gesagt, kann ich mich nicht zu den Einzelheiten äußern. Als Russland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernahm, haben wir den

Zeitplan der Sitzungen und ihre Themen besprochen. Niemand hat dagegen protestiert, dass heute Fragen des Nahen Ostens, einschließlich Palästina, erörtert werden. Der israelische Vertreter fragte heute pathetisch und emotional nach der Haltung Russlands, wenn für den 9. Mai, den Tag des Sieges, eine anti-russische Sitzung angesetzt würde. Wissen Sie, ich habe 10 Jahre lang bei der UNO gearbeitet, und wir sind auch am 9. Mai zusammengekommen, um alle möglichen Themen zu besprechen, ebenso wie an Tagen, die nationale Feiertage anderer UN-Mitgliedsstaaten sind. So ist das bei der UNO. Wenn wir uns darauf einigen würden, nicht an den freien Tagen aller Länder zu tagen, gäbe es nur noch wenige Arbeitstage.

Jedenfalls sagte der israelische Vertreter, er könne an einem solchen Tag nicht an einer „anti-israelischen Veranstaltung“ teilnehmen. Die Antwort findet sich im Kern der Sache. Es handelte sich nicht um eine anti-israelische Veranstaltung. Es war eine Veranstaltung zu einem Thema, das schon seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung des Sicherheitsrates steht.

Die Palästinafrage ist der älteste Konflikt, für den niemand eine Lösung gefunden hat oder sucht. Jetzt wird versucht, von den in den Resolutionen des Sicherheitsrates besiegelten Vereinbarungen abzurücken, und den Palästinensern werden wirtschaftliche Vorteile versprochen, wenn sie nicht die Gründung eines palästinensischen Staates fordern. Das ist es, was jetzt getan wird. Es handelte sich also nicht um eine anti-israelische Veranstaltung. Wie ich in meinen Ausführungen dargelegt habe, diente die Veranstaltung dazu, die Umsetzung der ursprünglichen UN-Resolutionen zur Gewährleistung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat und des Rechts Israels auf Sicherheit innerhalb seiner Grenzen zu fördern sowie jegliche Bedrohung Israels in der Region zu beseitigen. Das ist das Thema, das wir diskutieren wollten; es war nicht beabsichtigt, Israel zu verurteilen. Heute haben wir auch die terroristischen Angriffe auf Israelis kritisiert. Dies ist eine bekannte Tatsache.

Wir haben bei vielen Gelegenheiten über das Thema abgereichertes Uran gesprochen. Ganz gleich, was man darüber sagt, dass abgereichertes Uran nicht radioaktiv ist und nicht auf den einschlägigen Listen der IAEO steht, es gibt Fakten und Interviews mit Menschen, die durch den Einsatz von abgereichertem Uran im ehemaligen Jugoslawien verletzt wurden. Sie sind in unserem Fernsehen, im Internet und auch in westlichen Fernsehsendern zu sehen. Es gibt solche Menschen in Italien, die Veteranen von Kampfeinsätzen gegen das, was sie als „Regime“ von Slobodan Milosevic bezeichnet haben. Wir müssen uns unserer Verantwortung bewusst sein. Großbritannien als Inselstaat mag sich nicht darum kümmern, ob diese Geschosse mit abgereichertem Uran Fallout-Strahlung abgeben oder nicht, oder was sie enthalten.

Sanktionen & Entdollarisierung

Frage: Nach dem 24. Februar 2022 ist Russland nach vielen Berechnungen das Land mit den meisten Sanktionen weltweit. Glauben Sie, dass die westlichen Sanktionen greifen, und kann Ihr Land weiteren wirtschaftlichen Druck aushalten?

Lawrow: Ich erinnere mich, wie US-Präsident Barack Obama 2015 sagte, dass Russlands Wirtschaft „in Trümmern“ liege. Dies ist wahrscheinlich ihr Wunsch, der beständig ist und sich mit dem Wechsel der Regierung nicht ändert.

Wir sind schon lange zu dem Schluss gekommen, dass wir uns nur auf uns selbst und auf diejenigen verlassen können, die ihre Vereinbarungen einhalten. Wir werden uns nie wieder auf diejenigen ver-

lassen, die lügen, die andere ständig täuschen und die versuchen, sich unrechtmäßig einen einseitigen Vorteil zu verschaffen.

Einige westliche Unternehmen, die auf Anweisung ihrer Regierungen Russland verlassen haben, versuchen nun, zurückzukehren. Unsere Regierung hat sich zu dieser Situation geäußert. Wir sind nicht sicher, ob diese Angelegenheit sofort entschieden werden sollte. Lassen Sie unsere Unternehmen die freien Nischen besetzen. Wir werden unsere Wirtschaft entwickeln, indem wir die materiellen Vorteile nutzen, die uns die Geschichte und Gott in dieser Welt gegeben haben, und nicht durch virtuelle Dienstleistungen oder die künstliche Vorherrschaft des Dollars und die Abhängigkeit von ihm.

Die USA haben den Prozess der Entdollarisierung eingeleitet. Analysten, auch amerikanische Politologen und Wirtschaftswissenschaftler, analysieren diesen Prozess mit großer Sorge. Das ist eine Tatsache. Wenn ich mich recht erinnere, ist der Anteil des Dollars an den weltweiten Zahlungsströmen im letzten Jahr von 55 Prozent auf 47 Prozent gesunken. Acht Prozent pro Jahr sind eine Menge.

Der Übergang zu Transaktionen in nationalen Währungen unter Umgehung von Dollar, Euro und Yen sowie die Entwicklung digitaler Währungen sind nicht aufzuhalten. Was wird mit dem internationalen Währungs- und Finanzsystem, einschließlich dem IWF und der Weltbank, geschehen? Dies ist eine wichtige Frage. Der Prozess hat begonnen. Die Amerikaner haben bewiesen, dass sie nicht die Wahrheit gesagt haben, als sie nach der Aufhebung des „Goldstandards“ durch Richard Nixon jahrzehntelang behaupteten, der Dollar sei auch ohne Golddeckung nicht „ihre“ Währung, sondern die „internationale Währung“, und dass seine Verwendung das reibungslose Funktionieren aller globalen Wirtschaftsmechanismen garantieren würde.

Sie haben nun gezeigt, dass sie die Werte, die sie als Grundlagen der Weltwirtschaft hochgehalten haben, wie den ehrlichen Wettbewerb, die Unverletzlichkeit des Privateigentums, den Verzicht auf einseitige protektionistische Maßnahmen und alles andere, was sie als Grundlage für die Globalisierung benutzt haben, die die Welt im Großen und Ganzen akzeptiert und begonnen hat, ihre Pläne darauf abzustimmen, einfach wie mit einem unsichtbaren Zauberstab aufgegeben haben. Die Globalisierung hat in der Form, wie sie ursprünglich gedacht war, keine Zukunft mehr. Wir sehen eine Fragmentierung der Weltwirtschaft, eine Entglobalisierung und eine Regionalisierung.

Wir sind uns dieser Prozesse bewusst und beteiligen uns aktiv an ihnen im Rahmen der SOZ, der EAEU, des EAEU-China-Abkommens und der BRICS. Der brasilianische Präsident Lula da Silva hat sein Interesse an der Vorbereitung des nächsten [BRICS-]Gipfels geäußert, der für diesen Sommer geplant ist und bei dem es um analytisches Material geht, um jede Abhängigkeit von den Lauen derjenigen zu vermeiden, die bisher das internationale Währungs- und Finanzsystem beherrscht haben.

Warum ist die multipolare Weltordnung besser?

Frage: Zunächst eine kurze Nachbemerkung zum Getreidehandel. Sie haben gerade viel über die Art des Abkommens gesprochen, ob es nun kommerziell oder humanitär ist. Glauben Sie, dass Russland von Anfang an getäuscht wurde, um dieses Abkommen zu unterzeichnen?

Sie sprechen viel von einer neuen Weltordnung, die gestern von den Mitgliedsstaaten wie Brasilien begrüßt wurde. Können Sie uns sagen, warum die internationale multipolare Weltordnung besser ist als die derzeitige, insbesondere die regelbasierte Ordnung? Und, was am wichtigsten ist, wie wollen Sie Ihre westlichen Kollegen von dieser Idee überzeugen?

Lawrow: Ich möchte noch einmal betonen, dass das Abkommen ursprünglich nicht als Getreideabkommen, sondern als Schwarzmeer-Initiative bezeichnet wurde. In der Vereinbarung wird direkt darauf hingewiesen, dass es sich um erweiterte Möglichkeiten für den Export von Getreide und Düngemitteln handelt.

Nein, ich habe nicht den Verdacht, dass UN-Generalsekretär Antonio Guterres unaufrichtig war, als er das Abkommen vorschlug. Ich glaube, dass seine Absichten aufrichtig waren. Ich kenne Herrn Guterres recht gut und kann dies mit gutem Gewissen behaupten.

Die andere Sache ist, dass seine aufrichtigen und nachdrücklichen Bemühungen, diejenigen, die die Sanktionen verhängt haben, davon zu überzeugen, zumindest für Agrarausfuhren, Getreide und Düngemittel eine Ausnahme zu machen, vergeblich waren. Ich habe heute ausführlich darüber gesprochen.

Wie können wir unsere westlichen Kollegen davon überzeugen, dass es notwendig ist, eine multipolare Welt aufzubauen? Wir werden sie nicht überreden. Wir erläutern unseren Standpunkt, genau wie die Volksrepublik China, Brasilien und viele andere. Wir schlagen vor, auf der Grundlage der UN-Charta zu handeln: Wir sind alle gleichberechtigt, müssen einen Interessenausgleich anstreben und die Probleme der Welt gemeinsam lösen. Der beste Weg, die westlichen Länder davon zu überzeugen, dass sich bereits eine multipolare Welt herausbildet, besteht vielleicht darin, sich diesem historischen Prozess nicht in den Weg zu stellen. Denn genau das tun sie ja gerade: sich in den Weg stellen.

Die Sanktionen gegen Russland sind in der Tat etwas, das niemand je gesehen hat oder sich vorstellen konnte. Aber für uns ist das ein gelöstes Problem. Wir haben alle Kapazitäten, um unabhängig von dieser Art von Verhalten unserer westlichen Kollegen zu sein, die ihre völlige Unfähigkeit zu verhandeln bewiesen haben. Wie ich höre, verbieten sie den Export von Halbleitern nach China. Gleichzeitig verlangen sie von Südkorea, die fehlenden Halbleiterlieferungen aus Europa und den USA nicht durch eigene Lieferungen zu ersetzen. Die Vorbereitungen für eine neue Runde im Krieg um die Weltherrschaft – oder genauer gesagt, einen Krieg um den Erhalt der Weltherrschaft – sind im Gange. Dies könnte möglicherweise den natürlichen Prozess des Aufbaus einer multipolaren Weltordnung verlangsamen, aber nicht für lange. Historisch gesehen, glaube ich, dass das nicht passieren wird.

All diese Behauptungen, dass, wie der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sagte, ein himmlischer Garten (gemeint ist der Westen) von Dschungeln umgeben sei (was wie eine rassistische und nazistische Aussage klingt), sind Ausdruck einer Philosophie, die für die gesamte Menschheit schädlich ist, einschließlich derer, die dieser Philosophie anhängen.

In Bezug auf China sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach seinem Besuch in Peking, dass Europa unabhängig sein müsse und dass ein Bündnis mit den USA nicht zwangsläufig bedeute, deren Willen in allen Fragen zu folgen. Er erwähnte auch Taiwan und sagte, dass dies keine europäische Angelegenheit sei. Ich möchte anmerken, dass er in Klammern andeutete, dass die Ukraine

eine europäische Angelegenheit ist, und damit zugab, dass Europa einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine führt. Unmittelbar nachdem Macron dies gesagt hatte, schlug Josep Borrell, buchstäblich gestern, eine Initiative zur Entsendung von EU-Marineeinheiten in die Straße von Taiwan vor. Was hat das zu bedeuten? Es bedeutet entweder, dass diejenigen, die Josep Borrells Logik in Europa unterstützen, jegliche Unabhängigkeit verloren haben und nur noch die Interessen der USA verfolgen, oder dass sie sich nicht auf eine einheitliche Position geeinigt haben.

Eine multipolare Welt nimmt objektiv Gestalt an. Ich weiß nicht, wie die endgültige Konfiguration aussehen wird. Viele haben gesagt, auch auf der gestrigen Sitzung des UN-Sicherheitsrats, dass die G20 als Prototyp für einen bestimmten Steuerungs-Mechanismus dienen könnte.

Meiner Meinung nach ist es besser, sich an der UN-Charta zu orientieren und gleichzeitig zu bedenken, dass eine Reform des UN-Sicherheitsrats notwendig ist, um neuen Trends und Realitäten Rechnung zu tragen. Vielleicht wird er ähnlich zusammengesetzt sein wie die G20-Mitglieder. Aber es ist absolut notwendig, die offensichtliche starke Unterrepräsentation der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder anzugehen.

Was wird aus Afghanistan, was aus dem Iran-Abkommen?

Frage: Die Taliban haben vor kurzem Frauen verboten, in UN-Büros zu arbeiten. Der Generalsekretär reist nach Doha, um sich mit seinen Sondergesandten zu Afghanistan zu treffen. Was denken Sie, was der nächste Schritt der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Afghanistan sein wird?

Und noch eine Frage zum JCPOA. Glauben Sie, dass der JCPOA tot ist?

Lawrow: Ja, wir haben die Initiative des Generalsekretärs unterstützt, am 1. und 2. Mai in Doha ein Treffen von Sondergesandten abzuhalten, an dem auch viele westliche Länder teilnahmen.

Während des gesamten Jahres 2022 und auch in diesem Jahr haben wir uns mit Afghanistan im Format der Nachbarländer befasst. Vor kurzem fand in Usbekistan die vierte Ministerkonferenz der Nachbarländer Afghanistans statt, der im vergangenen Jahr ein ähnliches Treffen in China vorausgegangen war. Parallel dazu gibt es die Gruppe der vier Länder (Russland, China, Pakistan und Iran), zu der wir auch Indien eingeladen haben. Wir möchten, dass diese Gruppe den Kern dieses Nachbarschaftsformats bildet.

Das Moskauer Format der Konsultationen bleibt bestehen. Die USA haben in der Vergangenheit daran teilgenommen, bevor sie die aktuellen Ereignisse in der Ukraine provozierten und sich aus dem Format zurückzogen. Es gab auch ein Dreierformat Russland-China-USA, dem sich Pakistan anschloss, das aber ebenfalls aufgegeben wurde.

Der UN-Generalsekretär hat eine Konferenz einberufen, an der auch wir teilnehmen werden, um sicherzustellen, dass der Westen in den Prozess der Unterstützung der Lösung des Afghanistan-Problems einbezogen wird. Wir sind der Meinung, dass der Westen sich der Diskussion nicht entziehen sollte. Sie haben 20 Jahre lang in Afghanistan operiert und nichts getan, um die wirtschaftliche Kapazität des Landes zu stärken. Die Drogenproduktion hat explosionsartig zugenommen und ist nach wie vor auf einem rekordverdächtigen Niveau, obwohl die Taliban versuchen, sie zu verbieten. Wir unterstützen diese Bemühungen.

Das Wichtigste, was Afghanistan für seine Entwicklung braucht, ist Geld – das Geld, das die USA beschlagnahmt haben und sich weigern, es für öffentliche Zwecke bereitzustellen. Der Westen muss diese Afghanen nicht nur zu angemessenen Bedingungen an die Bevölkerung dieses Landes zurückgeben, sondern auch eine Entschädigung für den Schaden erwägen, der dem afghanischen Staat, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung in diesen 20 Jahren entstanden ist.

Wir gehen davon aus, dass die Taliban eine Realität vor Ort sind und ein Dialog mit ihnen notwendig ist. Wir werden diesen Staat jedoch erst dann de jure anerkennen, wenn er seinen eigenen, von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Verpflichtungen nachkommt, d.h. insbesondere, wenn er die Inklusivität aller Regierungsstrukturen im ethnischen und politischen Sinne gewährleistet. Die Taliban-Regierung behauptet, dass sie Usbeken, Tadschiken und Hazaras einschließt. Das ist richtig. Aber alle diese ethnischen Vertreter sind Taliban im politischen Sinne.

Eine zivilisierte Gesellschaft erfordert eine breite Vertretung der politischen Kräfte. Zu den weiteren Kriterien für die rechtliche Anerkennung des Staates gehört der grundlegende Schutz der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Frauen und Mädchen. Diese Frage wird auf der von UN-Generalsekretär Guterres einberufenen Konferenz erörtert werden.

Was das Iran-Abkommen, den JCPOA, betrifft, so ist dies keine Frage für uns. Wir glauben, dass die Vereinbarung über die Wiederaufnahme des Abkommens schon vor langer Zeit getroffen wurde. Im Moment haben die europäischen Länder aus irgendeinem Grund ihren Enthusiasmus dafür verloren, und die Amerikaner haben bereits über verschiedene Quellen anonym erklärt, dass etwas anderes gefunden werden muss. Ich weiß es nicht.

Meines Erachtens ist es ein großer Fehler, die Gelegenheit zur Wiederbelebung dieses Abkommens verstreichen zu lassen, zumal sich die Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und dem Iran normalisieren. Vor allem Saudi-Arabien hat mit Unterstützung der Volksrepublik China die Beziehungen wiederhergestellt. Dies ist ein sehr gesunder Prozess. Und grundsätzlich sind wir der Meinung, dass in der Golfregion Mechanismen für Zusammenarbeit, Transparenz und Vertrauensbildung geschaffen werden sollten.

Zum jetzigen Zeitpunkt hängt die vollständige Wiederbelebung des Abkommens jedoch weder vom Iran noch von uns noch von China ab. Diejenigen, die es ruiniert haben, müssen es wiederbeleben. Wenn es dafür eine Chance gibt, dann nur in dieser Form. Nach unserer Einschätzung spiegelt das Dokument, auf das man sich letztes Jahr geeinigt hat, dieses Ziel wider. Versuche, neue Anforderungen einzuführen, die im ursprünglichen JCPOA-Text nicht enthalten waren, verkomplizieren den Prozess und spiegeln genau die gleiche Politik wider, über die wir heute gesprochen haben: Erpressung, um sich einseitige Vorteile zu sichern.

Bald 8 goldene Milliarden? Und eine 2-Staaten-Lösung?

Frage: Sie erwähnten die „goldene Milliarde“. Sehen Sie für die Zukunft nicht nur eine, sondern acht goldene Milliarden voraus?

Und die zweite Frage bezieht sich auf eine Zwei-Staaten-Lösung. Alle begrüßen dies. Glauben Sie, dass es eine reale Chance gibt, einen unabhängigen, zusammenhängenden und souveränen palästinensischen Staat zu haben?

Lawrow: Ich denke, wir sollten in dieser Frage nicht aufgeben. Wir erleben derzeit einige Versuche, die politischen Aspekte der palästinensischen Frage auszublenden und sich auf die Vorschläge für bestimmte wirtschaftliche Vorteile für das palästinensische Volk zu konzentrieren. Dies scheint eine Art von Bestechung zu sein. Hier ist ein finanzieller Anreiz, aber wie wäre es, wenn man die Unabhängigkeit und die Eigenstaatlichkeit vergisst? Ich kann diese Logik nicht verstehen.

Der Ständige Vertreter Israels bei der UNO, Gilad Erdan, wurde bereits erwähnt; in seinen emotionsgeladenen Äußerungen verteidigte er das Recht Israels auf einen jüdischen Staat. Aber wenn das der Fall ist, was ist dann mit den Palästinensern? Dann brauchen sie ihren eigenen Staat. Dies ist die Anerkennung der Tatsache, dass die Zweistaatenlösung der einzige Weg ist, das jüdische Wesen Israels, das es verteidigt, zu untergraben.

Ich glaube, dass sich der gesunde Menschenverstand und kühlere Köpfe durchsetzen werden, und wenn sich die Gelegenheit ergibt, ohne auf einen Wahlzyklus zurückzublicken, dann wird es eine Möglichkeit geben, sich damit sinnvoll zu befassen. Aber wie können wir sie nicht in Betracht ziehen, wenn man sich zum Beispiel in den USA alle zwei Jahre auf die Neuwahlen konzentriert? Da bleibt keine Zeit zum Arbeiten. Die Wahl ist das, was zählt.

Ich habe gestern über die goldene Milliarde gesprochen. Das ist natürlich arrogant und unverschämte, was da in den Beschlüssen der NATO und der EU steht. Das ist pure Arroganz. Das sind die Leute, die sagen: „Black lives matter“.

Beteiligung an den Verhandlungen zum Gefangenenaustausch

Frage: Sind Sie persönlich an Verhandlungen über die Freilassung von Gefangenen in Amerika und Russland beteiligt, zum Beispiel von Evan Gershkovich?

Lawrow: Nein.

Der NATO- und EU-Beitritt der Ukraine

Frage: Ein NATO-Beitritt der Ukraine scheint nicht sehr realistisch zu sein, auch wenn einige Leute das behaupten. Aber ein Beitritt zur EU scheint eher möglich zu sein. Was ist Ihre Meinung dazu?

Lawrow: Ich kann nicht im Namen der EU entscheiden, aber wir erleben, wie diese Organisation in einem Rekordtempo militarisiert und zu einer aggressiven Organisation mit dem erklärten Ziel wird, die Russische Föderation einzudämmen.

Sehen Sie sich nur an, wie regelmäßig der serbische Präsident Aleksandar Vucic seine Besorgnis über die Forderung zum Ausdruck bringt, sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen und die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen, wobei er das Schicksal der Serben, die seit Hunderten von Jahren im nördlichen Teil dieses Gebiets leben, ignoriert und missachtet. So sieht die EU aus.

Wenn Sie eine Anti-Russland-Politik betreiben, dann haben Sie hervorragende Chancen. Es wäre interessant, sich die Situation mit Serbien oder der Türkei anzuschauen, mit denen seit Jahren verhandelt wird.

Es gibt in der EU einige, die der Ukraine einen beschleunigten Beitritt ermöglichen wollen. Das würde nur zeigen, dass es nichts mit der Erfüllung der Kriterien zu tun hat, sondern dass es nur ein

geopolitisches Spiel ist, so viel Territorium wie möglich an sich zu reißen, das niemandem gehören wird.

Ich weiß es nicht, das müssen sie selbst entscheiden. Es besteht kein Zweifel daran, dass es jetzt kaum noch einen Unterschied zwischen der EU und der NATO gibt, zumal die EU und die NATO vor kurzem eine Erklärung unterzeichnet haben, in der sie offen erklärten, dass sie die Sicherheit der EU gewährleisten würden, und die EU hat dies ausdrücklich anerkannt. Es gab auch eine Erklärung, dass dies für die „Milliarde“ wichtig wäre.

Frieden und Sicherheit in der Welt

Frage: Welche Erwartungen haben Sie für den Rest des Jahres in Bezug auf den Zustand von Frieden und Sicherheit in der Welt? Sehen Sie Möglichkeiten für Verhandlungen oder ein Ende des Ukraine-Konflikts oder anderer Konflikte (Jemen, Libyen)? Sie haben auch den Sudan erwähnt. Was sind Ihre Hoffnungen und Erwartungen?

Lawrow: Ich werde nicht für Hoffnungen und Erwartungen bezahlt. Wir müssen konkrete Probleme lösen. Und dabei geht es derzeit und in erster Linie darum, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten und zu verhindern, dass Russen, die seit Jahrhunderten in unserer Nachbarschaft leben, vom ukrainischen Regime diskriminiert und ausgerottet werden, einschließlich der physischen Ausrottung, wie deren Vertreter öffentlich erklären.

Politik ist etwas Besonderes ... Im Mai 2003, einige Monate nach Beginn des unrechtmäßigen Krieges im Irak, verkündete George W. Bush an Bord eines Flugzeugträgers, dass die Demokratie im Irak gewonnen habe. Das war im Jahr 2003. Welche Erwartungen haben Sie jetzt an den Irak? Ich weiß es nicht.

Das Gleiche gilt für Libyen. Damals beschloss US-Präsident Barack Obama, von hinten zu führen und die Europäer an die Spitze zu stellen. Wir sahen einen weiteren schweren Verstoß gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der lediglich die Einrichtung einer Flugverbotszone gefordert wurde, um Muammar Gaddafi Flugzeuge am Fliegen zu hindern. Sie flogen nicht, aber dann haben sie das ganze Land bombardiert, das jetzt in Trümmern liegt. Und was Barack Obama über Russland behauptet hat, ist in Wirklichkeit mit Libyen passiert und nicht mit der russischen Wirtschaft.

Ich hoffe, dass es im Jemen Fortschritte geben wird. Ich habe heute in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass wir die Bemühungen Saudi-Arabiens in diesem Zusammenhang schätzen, einen direkten Dialog zu führen.

Zur Ukraine werde ich keine Vermutungen anstellen. Es geht nicht darum, dass es einen bestimmten Zeitplan gibt. Vielleicht gibt es in anderen Ländern Zeitpläne.

Aber auch in Bezug auf Libyen hat Frankreich wiederholt Konferenzen einberufen, auf denen beschlossen wurde, dass die Wahlen „in vier Monaten und drei Tagen“ stattfinden würden. Das geschah seit 2015. In dieser Hinsicht hat sich nichts geändert.

Man muss einfach weiter daran arbeiten, seine legitimen Rechte auszuüben, und zwar aufrichtig, indem man seine Motive erklärt, und genau das haben wir bei unseren Aktionen im Rahmen der militärischen Sonderoperation getan. Und wir würden auch gerne von unseren westlichen Kollegen

hören, welche Ziele sie im Irak, in Libyen und an anderen Orten verfolgen, an denen sie versuchen, irgendeine Art von Aktivität zu zeigen.

Man muss optimistisch bleiben. Das ist wichtig. Obwohl man sagt, dass ein Pessimist ein gut informierter Optimist ist. Wir können hoffen, dass sich die Versuche, unsere Anstrengungen zu bündeln, durchsetzen werden, ebenso wie die Einsicht, dass die Aufteilung der Weltgemeinschaft in eine Milliarde und sieben Milliarden Menschen der falsche Ansatz ist. Es ist auch falsch, den einen über den anderen zu stellen, ganz gleich, welche aristokratischen Traditionen von Herrschern und anderen hohen Titeln dies zu rechtfertigen scheinen mögen. Wir leben alle auf demselben Planeten.

Wir haben gerade über einen dritten Weltkrieg gesprochen. Wer will das schon? Aber es scheint, dass es einige gibt, die bereit sind, bis zum Ende zu gehen. Noch einmal, um die Aussage zu zitieren: „Wenn die Ukraine gegen Russland gewinnt, werden wir einen dritten Weltkrieg vermeiden.“ Das ist eine einfache, saubere Idee, die bisher das normale professionelle Gespräch zwischen verantwortlichen Politikern ersetzt hat.

Auch ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Sie ist wirklich wichtig. Ich appelliere noch einmal an Sie, angesichts der Tatsache, dass es weniger russische Journalisten gibt, als es hätte sein sollen, diesen Mangel durch eine breite Berichterstattung über alles, was Sie von uns gehört haben, auszugleichen.